

P.B. A.F. M. A. 2. (1)

Geht an: HH. Bundesrat Schaffner; Bundesrat Spühler;
 Botschafter Micheli; Dr. Wiesch;
 Vizedirektor Marti.

G E H E I M

12.5.69

Besprechung mit Frau Dr. Grete Wittkowski, Präsidentin der
 Nationalbank der DDR.

Durch Vermittlung von Herrn Präsident Stopper hat mich heute Frau Dr. Wittkowski aufgesucht, die ihre Ferien in der Schweiz verbrachte.

Sie erkundigte sich, weshalb von unserer Seite keine Initiative ergriffen worden sei, um die Gespräche vom Juni 1968 fortzusetzen.

Ich erwiderte, dass die Ereignisse in der Tschechoslowakei bei uns den Eindruck einer neuerlichen Verhärtung der Fronten zwischen West und Ost erweckt hätten. Obschon sich die Schweiz grundsätzlich für die Herstellung von Verbindungen zwischen Ost und West einsetze, sei unter diesen Umständen das Klima für derartige Besprechungen nicht als günstig angesehen worden. Im übrigen sei in Zürich vereinbart worden, dass jede Seite die Initiative zu einer neuen Sitzung ergreifen könne, so dass die Gegenfrage berechtigt sei, ob in Berlin der Eindruck herrsche, die gegenseitigen Standpunkte seien zu entgegengesetzt, um das Gespräch fortzusetzen.

Frau Wittkowski antwortete, dass ihr Besuch als Zeichen dafür angesehen werden solle, dass die DDR die Besprechungen wieder aufnehmen möchte. Ihre Behörden seien sich dabei bewusst dass behutsam und schrittweise vorgegangen werden müsse und mit einer diplomatischen Anerkennung in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden könne.

Ich betonte, dass es in der Tat falsch wäre, sich mit übertriebenen Erwartungen, die dann enttäuscht werden müssten, an den Tisch zu setzen. Man sollte dies nur tun, wenn bei völliger Kenntnis der gegenseitigen Ausgangslage die Möglichkeit einer praktischen Lösung gegeben erscheine.



Frau Wittkowski präzisierte darauf in recht freimütiger Weise die ostdeutschen Erwartungen. Die DDR wünsche, über die kleine Lösung hinauszugehen und ein Abkommen mit der Schweiz zu schliessen, das zumindest auch konsularische Fragen einbeziehen würde. An einer auf eine private Handelsvertretung beschränkten Regelung, wie sie mit Oesterreich und Schweden bestehe, sei die DDR nicht mehr interessiert. Diese Form der Wirtschaftsbeziehungen sei vor mehreren Jahren erfunden worden; heute gelte es, der Realität des Bestehens der DDR in direkterer Weise Rechnung zu tragen. Die DDR wünsche, aus der Anonymität herauszutreten.

Frau Wittkowski bestätigte sodann auf meine direkte Frage, dass die DDR mit der Schweiz gerne einen Präzedenzfall einer Handelsvertretung schaffen würde, deren Status in zwei Richtungen erweitert wäre:

1. Zuständigkeit für die Behandlung konsularischer Fragen;
2. Juristische Form einer Vereinbarung zwischen staatlichen Stellen, wobei das betreffende Abkommen aber nicht zwischen Regierungen oder Staaten abgeschlossen zu werden brauche.

nein, zu wenig!

Als Gegenleistung für Konsularfunktionen wäre die DDR offenbar bereit, unsere Visawünsche für schweizerische Geschäftsleute und die OSEC zu erfüllen. Nicht diskutierbar sei lediglich die Zulassung eines Beamten der schweizerischen Vertretung in West-Berlin für die Betreuung schweizerischer Landsleute in der DDR. Angesichts der Bemühungen der Bundesrepublik, die Stellung West-Berlins als Brückenkopf für die Wiedervereinigung und integraler Bestandteil ihres Territoriums auszubauen, sei jegliche Anerkennung ausländischer Delegationen in dieser Stadt durch die DDR aus politischen Gründen ausgeschlossen.

Auf meine Frage, ob eine Interessenvertretung in der DDR durch einen schweizerischen Diplomaten in einem benachbarten Oststaat (Warschau oder Prag) auf die gleichen politischen Schwierigkeiten stossen würde, erklärte Frau Wittkowski, darüber liesse sich vielleicht reden.

Frau Wittkowski erwähnte mehrmals den Präzedenzfall Finnlands, das in beiden deutschen Staaten konsularische Vertretungen

- 3 -

*Finnland anerkannt
aber keine der beiden Staaten*

unterhalte, fügte aber sofort bei, dass sie sich durchaus bewusst sei, dass eine analoge Lösung von der Schweiz nicht ins Auge gefasst werden könne.

Auf meine Bemerkung, wir hätten seinerzeit mit der DDR auch auf Regierungsebene verhandelt, die Verhandlungen seien aber an der schroffen Ablehnung unserer vermögensrechtlichen Ansprüche gescheitert, erwiderte Frau Wittkowski, die Verhältnisse hätten sich seither geändert und die DDR sei bereit, über alles, was die Schweiz interessiere, mit sich reden zu lassen. Nur müsse man sich bewusst sein, dass gerade gewichtige vermögensrechtliche Ansprüche nur auf Grund staatlicher Vereinbarungen geregelt werden könnten. Meine Bemerkung, dass sämtliche Oststaaten Nationalisierungsabkommen mit der Schweiz abgeschlossen hätten, veranlasste Frau Wittkowski, im weiteren Verlauf des Gesprächs noch mehrmals Verständnis für unsere Interessen anzudeuten.

*reden ... =
eine Lösung
finden?*

Frau Wittkowski vermied jeglichen aussenpolitischen Exkurs. Ich benützte jedoch ihre Bemerkung, dass einem neutralen Staat wieder Schweiz sicher an Entspannung gelegen sei, um die Frage zu stellen, warum eigentlich von den Oststaaten eine europäische Sicherheitskonferenz als notwendig erachtet würde. Die prompte Antwort lautete: "Zur Bestätigung der Aufrechterhaltung des Status quo, zur internationalen Anerkennung der heute bestehenden Grenzen und zur Anerkennung des Nebeneinanderbestehens zweier deutscher Staaten."

Zum Schluss des Gesprächs einigten wir uns auf folgende Feststellung:

1. Der Besuch von Frau Wittkowski bedeutet, dass die DDR die Besprechungen mit uns wieder aufnehmen möchte;
2. Frau Wittkowski nimmt zur Kenntnis, dass unsere Ausgangslage nach wie vor die Diskussion einer Handelsvertretung nach Präzedenzfall Oesterreich/Schweden ist;
3. Ich nehme zur Kenntnis, dass die DDR einen Schritt weiter gehen möchte;
4. Die Frage, ob eine Lösung gefunden werden könnte, die das

- 4 -

politische Problem der indirekten Anerkennung der DDR ver-
meidet, ist offen, verdient aber einlässlich geprüft zu
werden;

5. Zu diesem Zweck und ohne dass der gegenseitige Ausgangspunkt präjudiziert wird, könnte eine neuerliche private und vertrauliche Aussprache in kleinem Kreis in Zürich stattfinden. Um das Gespräch zu erleichtern, würde die DDR nur zwei Personen delegieren und nicht in der früheren Grossformation auftreten;
6. Falls die Schweiz an diesem Sondierungsvorschlag interessiert ist, werden wir über Herrn Präsident Stopper Frau Wittkowski Mitte Juni einen Datumsvorschlag machen.

